

ÜBERSICHT

1. 25 Jahre SHIA e.V. Landesverband Brandenburg
2. Brandenburger Landfrauen fordern Konzepte zur Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum und zur Bekämpfung der Altersarmut
3. Entgeltgleichheit - Weiterhin nur ein Prinzip ohne Praxis?
4. 1. Gender Award - Kommune mit Zukunft
5. Preisträgerin des Gabriele Münter Preises 2017 steht fest
6. Feministische Summerschool für Frauen im Juli in Berlin und Potsdam
7. Neuer Familienpass bietet 638 Freizeitangebote
8. Nahezu 110.000 Unterschriften für eine gerechte Mütterrente
9. „Kann ich mir Umgang mit dem Vater leisten?“ Verbände fordern Umgangspauschale für Kinder statt Leistungskürzungen bei Alleinerziehenden
10. Stellenausschreibung: Sozialpädagogin beim Autonomen Frauenzentrum Potsdam e.V.
11. Stellenausschreibung: Studienleiterin / Studienleiter für Bildung in Vielfalt (Diversity Education) im Amt für kirchliche Dienste in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (AKD)
12. Filmtipp: „Die Frau mit der Kamera“
13. Veranstaltungen unter: <http://frauenpolitischer-rat.de/veranstaltungen/>

1. 25 Jahre SHIA Landesverband Brandenburg e.V.

Am 30. Juni 2016 begeht der SHIA-Landesverband Brandenburg e. V. sein 25jähriges Jubiläum! Als Gründungsmitglied des Frauenpolitischen Rates hat sich der Verband neben seiner familienpolitischen Arbeit auch immer gleichstellungspolitisch eingebracht. Die 25 Jahre unseres Bestehens wollen wir mit allen Wegbegleiterinnen und Wegbegleitern, Unterstützerinnen und Unterstützern feiern.

Wir laden am 30. Juni zum „Tag der offenen Tür“ in die Landesgeschäftsstelle und am 2. Juli zur Festveranstaltung in das KiEZ Frauensee ein.

Weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldung entnehmen Sie der [Einladung](#).

2. Brandenburger Landfrauen fordern Konzepte zur Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum und zur Bekämpfung der Altersarmut

Mehr als 50 Landfrauen kamen am 26. Mai 2016 in die Heimvolkshochschule am Seddiner See zur jährlichen Delegiertenversammlung des Brandenburger Landfrauenverbandes e.V. (BLV).

In diesem Jahr fanden wie alle 4 Jahre die Vorstandswahlen statt. Mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt wurde die Landesvorsitzende Jutta Quoos, die betonte: „Wir wollen unseren Verband in die Zukunft führen und jungen Frauen die Möglichkeit geben, sich aktiv in die Arbeit des Landesvorstandes einzubringen.“ Die Mitglieder unterstützten die Landesvorsitzende bei diesem Anliegen und wählten die 29jährige Uckermärkerin Hanka Mittelstädt als 1. Stellvertretende Landesvorsitzende. Ebenfalls neu im Landesvorstand ist Sylvia Herrmann aus Potsdam-Mittelmark. Das langjährige Kreisvorstandsmitglied ist vielen als LANDaktiv-Mitarbeiterin gut bekannt. Sylvia Herrmann liegt die Nachwuchsförderung für die landwirtschaftlichen Berufe sehr am Herzen.

Ebenfalls wiedergewählt wurden die 2. Stellvertretende Vorsitzende, Manuela Scheil, sowie die weiteren Vorstandsmitglieder Wilma Nickel und Ulrike Weller. Henrik Wendorff, Brandenburgs Bauernpräsident, ist gesetztes Mitglied des BLV-Vorstandes.

Diana Golze, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, gehörte zu den ersten Gratulantinnen des neuen Landesvorstandes. Sie würdigte mit ihrem Besuch das Engagement der Landfrauen im ländlichen Raum Brandenburgs und wohnte den Auszeichnungen des Brandenburger Landfrauenverbandes e.V. bei.

Als Ehrenmitglied wurde Helga Ullrich aus Radewege ausgezeichnet. Das längjährige Landesvorstandsmitglied kandidierte in diesem Jahr nicht mehr für den Vorstand. Jutta Quoos würdigte insbesondere das politische Engagement Helga Ullrichs und dankte ihr für die gute Arbeit im Landesvorstand.

Die anschließende Diskussionsrunde mit der Ministerin zeigte, wie groß die aktuellen Probleme des ländlichen Raumes sind. Dabei spielte das Thema Altersarmut eine ganz besondere Rolle:

Laut Paritätischem Wohlfahrtsverband gelten mehr als 3 Millionen Rentner*innen in Deutschland als arm. Immer mehr ältere Menschen sind auf Grundsicherung angewiesen. Schon heute ist absehbar, dass diese Zahlen in den kommenden Jahren eher steigen als sinken werden. Landesvorsitzende Jutta Quoos: „Es ist beschämend, dass in einem reichen Land wie Deutschland so viele alte Menschen nicht genug Geld zum Leben haben.“ Arm zu sein trotz jahrelanger harter Arbeit ist nicht nur deprimierend und diskriminierend, sondern vor allem würdelos.

Insbesondere Frauen, die in der Landwirtschaft tätig sind, sind aufgrund der körperlich schweren Arbeit gar nicht in der Lage, bis zum Rentenalter in ihrem Beruf zu arbeiten.

Die immer schlechter werdende Infrastruktur im ländlichen Raum sorgt viele Landfrauen. Die Wege werden immer weiter – zur Schule, zum Arzt, zu Einkaufsmöglichkeiten, Banken, Apotheken usw. Insbesondere die ärztliche Versorgung ist in einigen ländlichen Regionen alarmierend schlecht. Fachärzt*innen sind für Menschen ohne Auto meist gar nicht mehr zu erreichen. Unzumutbare Wartezeiten führen dazu, dass Heilungsprozesse sich dramatisch verlängern. Diese Situation wollen und können die Landfrauen so nicht hinnehmen und plädieren für innovative und mutige Konzepte, um die Versorgung der Menschen auf dem Land zu sichern.

Quelle: Pressemitteilung Brandenburger Landfrauenverband e.V. vom 27.05.2016

3. Entgeltgleichheit - Weiterhin nur ein Prinzip ohne Praxis?

Die Parteien der Großen Koalition hatten 2013 erkannt, dass der Rechtsgrundsatz der Entgeltgleichheit nur effektiv durchgesetzt werden kann, wenn der Gesetzgeber eingreift, Transparenz schafft und die Betriebe zum Handeln verpflichtet. So steht es im Koalitionsvertrag. Bundesministerin Manuela Schwesig hat daher im Dezember 2015 einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser droht jedoch nun durch den Widerstand der CDU/CSU zu einem Papiertiger zu werden.

Wichtigste Voraussetzung dafür, dass eine unterschiedliche Bezahlung für gleiche oder gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern überhaupt sichtbar und abgeschafft werden kann, wäre ein Auskunftsanspruch, wie ihn der aktuelle Gesetzentwurf vorsieht. CDU/CSU wollen diesen Anspruch nun aber auf Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten begrenzen mit der Folge, dass weniger als ein halbes Prozent der rund 3,6 Millionen Unternehmen in Deutschland dadurch verpflichtet würden.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Entgeltregelungen und -praktiken durch die Betriebe selbst überprüft werden sollen. Dies wird - wie es bei sozialpolitischen Gesetzesvorhaben häufig der Fall ist - als zu aufwändig kritisiert. Der Gesetzentwurf vermeidet es aber gerade, dass betriebsfremde Bürokratien in die Privatwirtschaft hineinwirken. Eine Überprüfung, wie sie der Gesetzentwurf vorsieht, müssten Betriebe, die rechtstreu sein wollen, ohnehin durchführen. Diejenigen Unternehmen, die ihre Entgeltsysteme bereits in der Vergangenheit freiwillig auf Diskriminierungspotentiale hin überprüft haben, sehen den Zeitaufwand hierfür keineswegs als unangemessen hoch an.

Seit fast 60 Jahren gilt der Rechtsgrundsatz, dass Frauen und Männer für gleiche oder gleichwertige Arbeit das gleiche Entgelt erhalten müssen - die Praxis ist davon nach wie vor weit entfernt. Zwar wird nur noch selten direkt auf das Geschlecht Bezug genommen, wenn Frauen schlechter bezahlt werden als Männer. Vielfach finden sich jedoch in Arbeitsbewertungssystemen Regelungen, die Frauen mittelbar benachteiligen. Aufgrund mangelnder Transparenz haben solche Benachteiligungen bisher selten Folgen für die Arbeitgeber gehabt.

Ramona Pisal, Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes: "Das Versprechen der Großen Koalition, die Entgeltgleichheit für Frauen und Männer durchzusetzen, muss endlich erfüllt werden. Da darf es kein Einknicken vor der Wirtschaft geben. Frauen haben einen Anspruch auf gleichen Lohn wie die Männer. Dieses Prinzip muss sich durchsetzen oder Bundesministerin Schwesig ein bis zur Unkenntlichkeit verändertes Gesetz zurückziehen. Ein solcher Papiertiger nützt nur denen, die sich hinter ihm verstecken und so den berechtigten Forderungen ausweichen wollen."

Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Juristinnenbundes e.V. (djB) vom 01.06.2016

4. 1. Gender Award - Kommune mit Zukunft

Die BAG kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbeauftragter Deutschlands lobt aus: den 1. Gender Award – Kommune mit Zukunft!

Gesucht werden Kommunen, die eine besonders kreative und vorbildliche Gleichstellungsarbeit vor Ort umsetzen. Die es schaffen, Ungerechtigkeiten zwischen Frauen und Männern aufzuspüren und dauerhaft zu beseitigen: Mit kleinen und großen Aktionen, Projekten und Maßnahmen.

Einsendeschluss: 15. Juni 2016

Der erste Gender Award wird in Kooperation mit dem Bundesministerium BMFSJ Mitte Oktober 2016 in Berlin verliehen.

Schirmherrin ist die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Manuela Schwesig.

Die hochkarätig besetzte Jury aus Vertreterinnen und Vertretern u.a. von Medien, Gewerkschaften, Verwaltungen und Verbänden nominiert anhand festgelegter Bewertungskriterien die fünf besten Kommunen. Aus diesem Kreis wird dann die Preisträgerin ermittelt.

Die Wettbewerbsunterlagen sowie weitere Presseinformationen finden Sie hier:

<http://www.frauenbeauftragte.org/1-gender-award-%E2%80%93-kommune-mit-zukunft>

Ansprechpartnerinnen:

Anke Spiess, Tel.: 0163/6418811 und Heike Gerstenberger, Tel.: 030/902952305

5. Preisträgerin des Gabriele Münter Preises 2017 steht fest

Die Münchner Installations-, Foto- und Collagekünstlerin Beate Passow ist die neue Preisträgerin des Gabriele Münter Preises. [...] Der Gabriele Münter Preis wird ausgelobt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK), dem Frauenmuseum Bonn sowie der GEDOK, dem Verband der Gemeinschaften der Künstlerinnen und Kunstförderer.

Die 1945 geborene politische Künstlerin Beate Passow, die Absolventin der Akademie der Bildenden Künste in München ist, erhält ein Preisgeld in Höhe von 20.000 Euro. Die Jury würdigt mit dem Preis die konsequente künstlerische Haltung in Passows Gesamtwerk. "Die Künstlerin legt sich in keiner Weise auf ein Bildprogramm fest. Mit unterschiedlicher künstlerischer Technik setzt Frau Passow fragwürdigen Herrschaftssystemen, übermäßiger Ökonomisierung des Individuums und einer zunehmenden Überwachung ihren Blick und ihre Kamera entgegen. Der Gabriele Münter Preis geht an eine Künstlerin, deren [Werke] Geschichtsverständnis, die eigene Biografie und die kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und politischen Bedingungen der Gegenwart zum Thema haben", heißt es im Juryurteil.

Der Gabriele Münter Preis ist der renommierteste Kunstpreis für Bildende Künstlerinnen in Deutschland und europaweit der erste Kunstpreis, der sich an Künstlerinnen wendet, die älter als 40 Jahre sind. Künstlerinnen dieser Altersgruppe sind bei hoch dotierten Auszeichnungen deutlich unterrepräsentiert.

"Mit dem Gabriele Münter Preis würdigen wir herausragende Künstlerinnen, die es ebenso wie Frauen aus anderen Bereichen immer noch deutlich schwerer haben, im wahrsten Sinne des Wortes

'gesehen' zu werden," so Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig, die den Preis im Frühjahr 2017 in der Akademie der Künste in Berlin überreichen wird.

Weitere Informationen über den Preis und die Preisträgerinnen unter: <http://www.gabrielemuenterpreis.de/gabriele-muenter-preis>

Quelle: Pressemitteilung des BMFSFJ vom 01.06.2016

6. Feministische Summerschool für Frauen im Juli in Berlin und Potsdam

Vom 6. bis 10. Juli 2016 wird eine feministische Summerschool mit Workshops und Kulturprogramm zu verschiedenen feministischen Themen in Berlin und Potsdam stattfinden.

Hier finden Sie die Gesamtübersicht:

<http://www.bildungswerk-boell.de/de/feministische-summerschool-f%C3%BCr-frauen>

Die Feministische Summerschool für Frauen ist eine Veranstaltungsreihe des Bildungswerks Berlin e.V. in Kooperation mit HochDrei e.V., realisiert mit den Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin und unterstützt von der Bundeszentrale für politische Bildung. Mit Unterstützung der Begine - Treffpunkt und Kultur für Frauen, der Störenfrida Berlin - Feministische Frauenkneipe und dem Spinnboden Lesbenarchiv & Bibliothek e.V..

7. Neuer Familienpass bietet 638 Freizeitangebote

Der Familienpass Brandenburg 2016/2017 ist erschienen. Der beliebte Freizeit- und Ausflugsplaner bietet mindestens 20 Prozent Rabatt und teilweise sogar freien Eintritt für Kinder bei 638 Angeboten von Familienerlebnissen in Brandenburg und Berlin. Der 414-Seiten starke Pass ist vom 1. Juli 2016 bis zum 30. Juni 2017 gültig. Er ist ab sofort landesweit im Zeitschriftenhandel, in Schulen und Kindertagesstätten, in Touristeninformationen, bei den Lokalen Bündnissen für Familie, in Buch- und Spielzeughandlungen und in Filialen von Getränke Hoffmann für 2,50 Euro pro Stück erhältlich. Im Internet lässt er sich unter www.familienpass-brandenburg.de bestellen.

Der Familienpass Brandenburg ist eine zentrale Maßnahme des Familien- und Kinderpolitischen Programms der Landesregierung und erscheint bereits in der 11. Auflage. Wie in den Vorjahren wurde er in enger Kooperation von Familienministerium, TMB und zahlreichen Freizeit Anbietern erstellt.

Quelle: Presseinformation aus dem MASGF vom 01.06.2016

8. Nahezu 110.000 Unterschriften für eine gerechte Mütterrente

SoVD, Volkssolidarität, Deutscher Frauenrat und ver.di fordern Bundeskanzlerin Merkel zum Handeln auf:

Nahezu 110.000 Unterschriften haben Vertreterinnen der Unterschriftenaktion „Für eine gerechte Mütterrente“ an Iris Gleicke, die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, übergeben. Adressatin der Aktion ist Angela Merkel. Gleicke, die auch Parlamentarische

Staatssekretärin bei Sigmar Gabriel ist, versprach, die Unterschriften an die Bundeskanzlerin weiterzuleiten.

Die Aktion geht auf eine gemeinsame Initiative von Sozialverband Deutschland (SoVD), Volkssolidarität, Deutschem Frauenrat und der Gewerkschaft ver.di zurück. Das Bündnis fordert, die Ungleichbehandlung bei den Kindererziehungszeiten in Ost und West zu beenden. Zudem sollen Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, nicht länger bei der Rente benachteiligt werden. Eine weitere Forderung ist es, die Mütterrente nicht länger aus der Rentenkasse zu finanzieren. Aus Sicht des Bündnisses ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, eine gerechte Mütterrente zu gewährleisten.

Iris Gleicke machte bei der Entgegennahme der Unterschriften deutlich, dass die Ungleichbehandlung von Ost und West nur im Rahmen der mit CDU und CSU im Koalitionsvertrag vereinbarten Rentenangleichung beseitigt werden könne: „Als SPD bestehen wir darauf, dass sich die Union an diese Vereinbarung hält, auch wenn es da immer mal wieder Störfeuer von einzelnen CDU-Leuten gibt. Für mich ist das eines der wichtigsten Projekte, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben.“

[...]

Dr. Heidi Knake-Werner, Vizepräsidentin der Volkssolidarität, betonte: „Mehr als 25 Jahre nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands halten wir es für eine nicht mehr hinnehmbare Ungerechtigkeit, dass Kindererziehung im Osten immer noch schlechter in der Rente bewertet wird als in den alten Bundesländern. Jedes Kind muss der Gesellschaft, unabhängig von seiner geografischen Herkunft, gleich viel wert sein.“

Hannelore Buls, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, forderte: „Die Erziehungsleistung der jüngeren und älteren Mütter muss gleichberechtigt anerkannt werden, auch weil die Altersvorsorge durch Erwerbstätigkeit früher ohne ausreichende Kinderbetreuung viel schwieriger war als heute.“

Judith Kerschbaumer (ver.di), Bereichsleiterin Sozialpolitik: „Auch die Rentenangleichung für Ostdeutschland ist überfällig und wurde seit langem versprochen. Die Politik muss jetzt endlich handeln.“

Das Bündnis „Für eine gerechte Mütterrente“ wurde im Oktober 2015 von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Frauenorganisationen gestartet, um die Fraueninitiative „Gleiche Mütterrente in Ost und West“ fortzuführen.

Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Frauenrates vom 01.06.2016

9. „Kann ich mir Umgang mit dem Vater leisten?“ Verbände fordern Umgangspauschale für Kinder statt Leistungskürzungen bei Alleinerziehenden

Anlässlich der Anhörung zur anstehenden SGB II-Reform im Bundestag am 30. Mai 2016 veröffentlichten eine Vielzahl an Verbänden eine öffentliche Erklärung mit dem Titel „Kann ich mir Umgang mit dem Vater leisten? - Verbände fordern Umgangspauschale für Kinder statt Leistungskürzungen bei Alleinerziehenden“.

Zu den teilnehmenden Verbänden zählen der Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e.V., Federführender Verband der Arbeitsgemeinschaft Interessenvertretung Alleinerziehende (AGIA), AWO-Bundesverband e.V., Deutscher Frauenrat, Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie e.V. (DGSF), Deutscher Juristinnenbund e.V. (djb), Kinderhilfswerk e.V., Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V., Sozialpolitik Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, evangelische arbeitgemeinschaft familie e.V. (eaf), Evangelisches Zentrum Frauen und Männer gGmbH, Familienbund der Katholiken e.V. (FDK), Nationale Armutskonferenz (nak), Selbsthilfeinitiative Alleinerziehender (SHIA) e.V. Bundesverband, Verband

alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V. (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. und das Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF).
Die vollständige Erklärung können Sie unter <https://www.vamv.de/> einsehen.

10. Stellenausschreibung: Sozialpädagogin beim Autonomem Frauenzentrum Potsdam e.V.

Das Autonome Frauenzentrum Potsdam e.V. sucht aktuell eine Sozialpädagogin für die Frauenberatungsstelle. Die Ausschreibung finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.frauenzentrum-potsdam.de/jobs/anzeigen.php?id=5955>

Bewerbungsschluss ist bereits der 15.06.2016!

11. Stellenausschreibung: Studienleiterin / Studienleiter für Bildung in Vielfalt (Diversity Education) im Amt für kirchliche Dienste in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (AKD)

Im Amt für kirchliche Dienste in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (AKD) ist zum 1. September 2016 – zunächst befristet auf zwei Jahre – die Stelle einer Studienleiterin oder eines Studienleiters für Bildung in Vielfalt (Diversity Education) mit 100 % Dienstumfang neu zu besetzen.

Aufgabe der Studienleiterin oder des Studienleiters ist die Entwicklung des AKD-Modellprojekts „Leben in Vielfalt – Gender-Diversity-Education in kirchlicher Praxis“ (2016 – 2021).

Bewerbungen bitte bis zum 30.06.2016.

Link zur Ausschreibung:

<http://akd-ekbo.de/wp-content/uploads/Stellenausschreibung-Studienleitung-Diversity-Education.pdf>

12. Filmtipp: „Die Frau mit der Kamera“

Regie: Claudia von Alemann

Fast 20 Jahre nach dem Tod der Fotografin Abisag Tüllmann hat ihre langjährige Freundin Claudia von Alemann einen Film über Leben und Werk einer der wichtigsten Chronist*innen der alten Bundesrepublik gedreht. Auch wenn "Die Frau mit der Kamera - Porträt der Fotografin Abisag Tüllman" bisweilen nach höherer künstlerischer Relevanz strebt, überzeugt die Dokumentation vor allem als Einblick in das Werk einer Fotografin mit besonderem Blick auf die Gegenwart.

Mehr Informationen unter http://www.thalia-potsdam.de/filmdetails.php?film_id=204186

Ab 23. Juni 2016 im Thalia Potsdam (Thalia Kinos, Rudolf Breitscheid Str. 50, 14482 Potsdam)

13. Veranstaltungen

Noch viel mehr spannende Veranstaltungen im Raum Berlin/Brandenburg finden Sie wie immer auf unserer Webseite: <http://frauenpolitischer-rat.de/veranstaltungen/>

Der Termin der nächsten ordentlichen **Mitgliederversammlung** ist der 5. November 2016.

Falls Sie aus der Mailingliste von FPRmail gestrichen werden wollen, teilen Sie uns dies bitte per Mail mit. Wir freuen uns natürlich auch über jede/n, die/der sich neu darauf registrieren lassen will.

IMPRESSUM

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 24. Juni 2016
Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e. V.
Zusammenschluss von 22 Frauenverbänden, -organisationen, -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien
Verantwortlich: Friederike Arndt
Charlottenstraße 121, 14467 Potsdam
Fon: 0331 – 280 35 81, Fax: 0331 – 240 072
Mail : FrauPolRat@t-online.de
Web : www.frauenrat-brandenburg.de

FRAUEN RAT
POLITISCHER
LAND BRANDENBURG E.V.